

„Die Gegner werden schreien und von Menschenjagd sprechen“

Wigbert Benz

Das Thema Heimatfront und Kriegsalltag wird häufig losgelöst von dem bis Kriegsende andauernden Holocaust erörtert. Dabei unternahm das NS-Regime alle Anstrengungen, den Judenmord so zu verschleiern oder – wenn es nicht anders ging – zu rechtfertigen, dass eine Schwächung der Heimatfront möglichst vermieden wurde. Das Beispiel des damaligen Pressechefs im Auswärtigen Amt, Paul Karl Schmidt, der nach dem Krieg unter dem Pseudonym „Paul Carell“ als Bestsellerautor und Chronist des „Unternehmens Barbarossa“ bekannt wurde, zeigt diesen Zusammenhang.

Paul Karl Schmidts Wirken muss im Hinblick auf seine Haltung zu den Judendeportationen in Ungarn 1944 mit seiner weit reichenden Zuständigkeit für die Auslandspropaganda des Dritten Reiches gesehen werden. Als im März 1944 Ungarn von der Wehrmacht besetzt wurde und der Außenminister Ribbentrop unterstellte Reichsbevollmächtigte für Ungarn, Edmund Veessenmayer, seine fast täglichen Telegramme an das Auswärtige Amt richtete, liefen diese auch über Schmidts Schreibtisch. Dessen Aufgabe bestand darin, politische Entscheidungen im Hinblick auf ihre außenpolitische Wirkung zu prüfen und notfalls propagandistisch entgegenzusteuern, um negative Rückwirkungen auf die Moral der Heimatfront zu vermeiden.

Die Dokumente

Die hier im Materialteil abgedruckten Nürnberger Dokumente NG 2424 (Faksimile M 1) und NG 2260 (M 3, M 4) sowie die Akten über ein gegen Schmidt-Carell von 1965–1971 laufendes staats-

Paul (Karl) Schmidt-Carells Holocaust PR 1944



Foto: Ullstein Bilderdienst

Der 1911 geborene Paul Karl Schmidt wurde mit noch nicht einmal 29 Jahren 1940 Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt und SS-Obersturmbannführer. Foto aus dem Sonderzug des Reichsaußenministers; von links: Schmidt, Walther Hewel, Ribbentrop und Unterstaatssekretär Friedrich Gaus, Leiter der Rechtsabteilung.

anwaltschaftliches Ermittlungsverfahren wegen Mordes (M 5) stammen aus dem Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, der früheren Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen.

NG 2424 enthält eine „Notiz für Herrn Staatssekretär“ von dem Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung, Dr. Paul Karl Schmidt, vom 27. Mai 1944, in der er einen Vorschlag zur Rechtfertigung und Ermöglichung des Judenmordes unterbreitet. Dieser Vorschlag wurde nicht nur an Staatssekretär Wilhelm Keppler, sondern auch an den Reichsbevollmächtigten in Ungarn, Veessenmayer, weitergeleitet.

NG 2260 besteht aus einem Bericht des Legationsrats Eberhard von Thadden vom 6. Juni 1944 über eine Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt mit dem Gesandten Franz Alfred Six, 1941 Chef des Sonderkommandos Moskau der SS-Einsatzgruppe B, die auf die Notiz Schmidts Bezug nimmt. Des Weiteren enthält das Dokument die direkte Antwort Veessenmayers vom 8. Juni 1944.

Schmidts Vorschläge vom 27. Mai 1944, äußere Anlässe, zum Beispiel „Sprengstofffunde in jüdischen Synagogen“ für die Judendeportationen zu schaffen, sind nur deswegen „folgenlos“ geblieben, weil sich die Rahmenbedingungen mit der Invasion der Alliierten am 6. Juni 1944 dramatisch änderten und der entscheidungsbefugte Reichsbevollmächtigte für Ungarn Veessenmayer die zu erwartenden Auslandsproteste bei den Deportationen der Budapester Juden geringer einschätzte als Schmidt.

Da im Mai 1944 die Deportation der Budapester Juden nach aktuellem Forschungsstand (Gerlach/Aly) noch nicht definitiv entschieden war, stellt Schmidts Notiz keine Antwort auf eine konkrete Anfrage dar, sondern ist eine eigene Initiative. Der Adressat dieser Initiative, Staatssekretär Keppler, u. a. Hitlers persönlicher Berater in Wirtschaftsfragen, nahm diese ernst und ordnete, wie aus dem Vermerk ersichtlich ist, sowohl ihre Weiterleitung an Veessenmayer als auch die Einholung dessen Stellungnahme an.

Wichtig: *Schmidts* Vorschläge vom 27. Mai 1944 hätten geholfen, die Ermordung von ca. 200 000 Menschen in Budapest, die zu diesem Zeitpunkt eben noch nicht feststand, zu ermöglichen und zu rechtfertigen. Seine Vorschläge gehen weit über die propagandistischen Vorgaben von *Joseph Goebbels* (M2) hinaus, indem sie dazu aufrufen, konkrete Anlässe für die Deportationen selbst zu schaffen.

Ermittlungsverfahren wegen Mordes 1965–1971

Zwar wurde *Schmidt* nach Kriegsende von den Amerikanern für zwei Jahre interniert, doch in Nürnberg nicht angeklagt. Stattdessen trat er dort im Nachfolgeprozess Fall 11, dem so genannten „Wilhelmstraßen-Prozess“ gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien als Zeuge der Anklage auf. Zwei Jahrzehnte später – von 1965 bis 1971 – führte die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Verden ein Ermittlungsverfahren „wegen Mordes“ gegen ihn durch, das in den Akten der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg“ dokumentiert ist, die damals entsprechend ihrem Aufgabenbereich für das Landgericht Verden Vorermittlungen leistete (M5).

Nachkriegskarriere Schmidt-Carells bis in die 90er Jahre

Nach 1945 gelang *Schmidt* – teilweise parallel zu dem Ermittlungsverfahren wegen Mordes gegen ihn – eine zweite, sehr erfolgreiche publizistische Karriere, allerdings unter verschiedenen Pseudonymen: Er betätigte sich als freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen zum Beispiel in „Die Welt“ und „DIE ZEIT“ als „P. C. Holm“ (M7). Und er war freier Mitarbeiter des „SPIEGEL“ sowie Verfasser mehrerer auflagenstarker, aus der „Landser“-Perspektive verfasster Kriegsberichte unter dem Pseudonym „Paul Carell“, die später als „Unternehmen Barbarossa“ in mehr als zwölf Sprachen übersetzt wurden und Millionenauflagen erreichten (M6).

Schmidt-Carell galt lange Zeit auch als einflussreicher Berater im Hause *Springer*. Er verstarb im Juni 1997. Noch 1992 gelang ihm zum 50. Jahrestag ein Auflagenenerfolg mit „Stalingrad. Sieg (sic!) und Untergang der 6. Armee“. In diesem Buch nennt er *Hitlers* Krieg gegen die Sowjetunion einen „Präventivkrieg“ und gibt zum ersten Mal den Lesern einen Teil seiner Identität bekannt: „Ab 1938 im Auswärtigen Dienst,

Das Thema im Unterricht

Didaktische Überlegungen

Die nicht als „Quellenschnipsel“, sondern in wesentlichen Auszügen wiedergegebenen Dokumente der Ludwigsburger Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen betreffs *Schmidt-Carells* propagandistischer Eigeninitiative zur Ermordung der Budapester Juden 1944 ermöglichen einen variablen Einsatz im Unterricht, bei dem Einsichten in folgende kognitiven Ziele am konkreten Fallbeispiel *Schmidt-Carell* erreicht werden können:

- Die Vernetzung von Holocaust, „Bedrohung der Heimatfront“ bzw. der Moral der deutschen Bevölkerung durch Kritik am Holocaust und deren propagandistischer „Abwehr“.
- Konkrete bürokratische Entscheidungsfindungen zu Fragen des Holocaust am Beispiel der Erörterung einer Aktennotiz.
- Zweckrationale Instrumentalisierungen von geschichtlichen Ereignissen, zum Beispiel Überlegungen, die Invasion am 6. Juni 1944 zur Ablenkung vom Holocaust zu nutzen.
- Den bemühten, aber letztlich hilflosen Umgang der Nachkriegsjustiz mit Schreibtischtätern wie *Schmidt-Carell*, deren Initiativen „folgenlos“ blieben.
- Die Nachkriegswirkungen ehemaliger NS-Akteure, die nach 1945 die öffentliche Meinung zu Nationalsozialismus und Krieg beeinflussten.

Hinweise zum Unterrichtsentwurf

Als fruchtbarer Ansatz zur Annäherung an diese Zielsetzungen in den Abschlussklassen verschiedener Schularten der

Sek I hat es sich bewährt, gleich nach Lektüre von M1 die Schülerinnen und Schüler aufzufordern, einen der von *Schmidt-Carell* befürchteten „Gräueltberichte“ von den Gegnern der erwarteten Judendeportationen in groben Zügen selbst zu schreiben. Diese „Gräueltberichte“ wurden vorgelesen. Die Schüler erkannten, dass grauenhafte Deportationen und Judenmorde Realität waren, dass *Schmidt-Carells* Definition von den Gegnern, die „schreien und von Menschenjagd sprechen“ würden, als „Gräueltpropagandisten“ die Realität auf den Kopf stellte.

Ausgehend von diesem Perspektivenwechsel erhielten sie in einem zweiten Schritt konkrete Arbeitsaufträge (siehe Aufgabenstellungen 3 und 4), die die Reaktionen der Bevölkerung erfassen sollten.

Für die Schüler wurde das perfide Denken rasch offenbar. In der folgenden Doppelstunde konnten sie – basierend auf *Peter Knochs* Konzept des entdeckenden Lernens – in Gruppen eigene Fragen an die Quellen richten. Insofern sind die Arbeitsaufträge zu den Quellen M5–M7 nur als erste Annäherung zu verstehen, um eigene Fragen an die Quellen anzuregen, diejenigen zu M1–M4 können für den anzustrebenden Perspektivenwechsel genutzt werden. So unterschiedlich die Fragestellungen und Erkenntnisinteressen waren, so gemeinsam war den verschiedenen Lerngruppen die Erkenntnis über den „geschäftsmäßigen Gang“ des Holocaust und der ungebrochenen Nachkriegskarriere des Propagandisten *Schmidt-Carell*.

Gesandter und Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.“

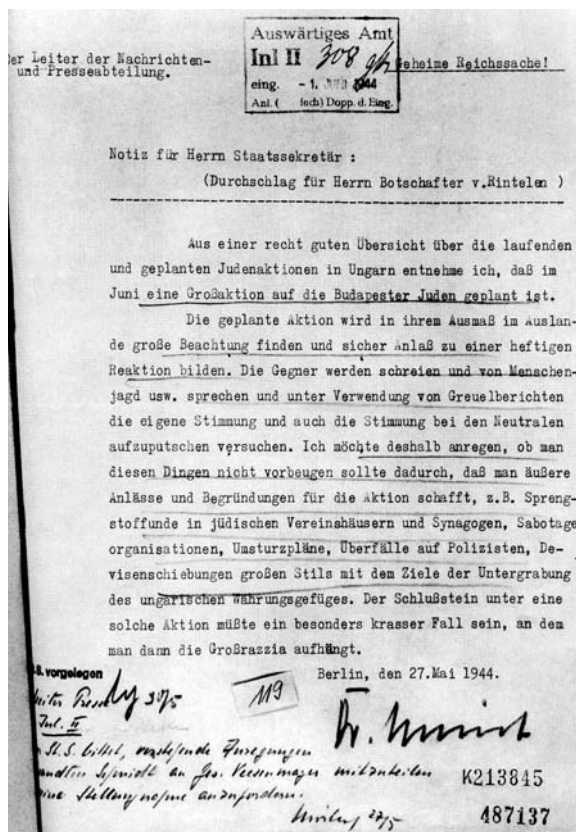
Schmidt-Carells Schriften und Buchbestseller sind die mit Abstand meist verkauften und gelesenen Werke zum Überfall auf die Sowjetunion in Nachkriegsdeutschland. Sie indoktrinierten Millionen Leser mit dem angeblich heldenhaften, verbrechensfreien, kameradschaftlichen und von *Stalin* aufgezwungenen Kampf der Wehrmacht an der Ostfront. ■

Hinweis: Ich danke Herrn Prof. Dr. Peter Longerich für den Quellenhinweis M 2 sowie dem Leiter des Bundesarchivs, Außenstelle Ludwigsburg, Herrn Dr. Heinz-Ludger Borgert, für vielfältige Unterstützung bei der Archivrecherche zu Schmidt-Carell.

Literatur

- Benz, W.:* Die Nürnberger Dokumente NG 2424 und NG 2260. Zur Rolle von Paul Karl Schmidt alias Paul Carell beim Judenmord in Ungarn 1944. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H. 22 / 2004, S. 82–95
- Ders.:* Paul Carell alias Paul Karl Schmidt. Kriegs- und Holocaustpropagandist. Wirken und Karriere des Pressechefs im NS-Außenministerium vor und nach 1945. In: Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer, H. 67/2004, S. 60–71
- Gerlach, Chr. und G. Aly:* Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden. München 2002
- Hachmeister, L.:* Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998
- Ders. und F. Sieling:* Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945. München 2002
- Knoch, P.:* Entdeckendes Lernen. Basisbeitrag. In: Praxis Geschichte H. 3/1988, S. 6–13
- Köhler, O.:* Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Macht der Medienmacher. München 1995
- Longerich, P.:* Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop. München 1987

M | 1 „Äußere Anlässe schaffen“



Der Pressechef im Reichsaussenministerium, Paul Karl Schmidt, verfasste am 27. Mai 1944 Vorschläge in Verbindung mit der Deportation von Juden.

Quelle: Nürnberger Dokument NG 2424, Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg

M | 2 Propagandistischer Hintergrund

Vertrauliche Informationen Joseph Goebbels vom 27. April 1944:

„Eines der Grundthemen der deutschen Presse bleibt die antijüdische Kampagne. Hierzu liegt zur Zeit aus Ungarn besonders gut verwertbares Material vor. Bei der Verwendung der Nachrichten über die dortigen Maßnahmen gegen die Juden ist darauf zu achten, dass sie nicht ohne ausführliche Darstellung der von Juden begangenen Verbrechen wiedergegeben werden, die die Maßnahmen zur Folge hatten.“

Quelle: Bundesarchiv Koblenz, ZSG 109/49

A U F G A B E N

- Erläutere die in M 1 von Schmidt-Carell genannten Vorschläge, damit über von „Juden begangene Verbrechen“ (M 2) berichtet werden kann. Haben die Juden diese begangen?
- Schreibe einen der „Gräueltberichte“ über die von Schmidt-Carell erwarteten Deportationen der Juden und vergleiche Wirklichkeit und Propaganda.
- Stelle dir vor, die Budapester Juden werden in der Erwartung des sicheren Todes deportiert und Millionen Deutsche erfahren zum Beispiel über die „Feindsender“ davon. Könnte dies Auswirkungen auf die Moral der Bevölkerung 1944 (u. a. Rückzug der Wehrmacht, Bombardierung deutscher Städte, bevorstehende Invasion der Alliierten) haben?
- Stelle dir nun vor, die Wochenschauen präsentieren die von Schmidt-Carell vorgeschlagenen und gestellten „Sprengstofffunde“ in jüdischen Synagogen und die angeblichen „Umsturzpläne“. Wie würde dann die deutsche Bevölkerung reagieren?

M | 3 Bedrohung der Heimatfront

Schmidt-Carells Vorschläge werden beraten; aus dem Bericht/Protokoll des Legationsrats Eberhard von Thadden* vom 6. Juni 1944:

„Da Herr Gesandter Six [1941 Chef des Sonderkommandos Moskau der SS-Einsatzgruppe B und seit 1942 Leiter der „Kulturpolitischen Abteilung“ im Auswärtigen Amt] die Angelegenheit in der heutigen Direktorenbesprechung anschnitt, habe ich das Telegramm von Gesandten Veesenmayer [Reichsbevollmächtigter für Ungarn] verlesen und gebeten, eine Vorlage der drei Propaganda-Abteilungen bei dem Herrn RAM [Reichsaußenminister] bis zum Eingang der schriftlichen Stellungnahme Veesenmeyers zurückzustellen. Gleichzeitig habe ich angeregt, (...) gegebenenfalls mit Ges. Veesenmayer in dem Sinne zu sprechen, dass der Termin der Budapester Großaktion, falls eine propagandistische Vorbereitung unterbleibt, im Einvernehmen mit uns festgesetzt wird. So könnte z. B., sofern die jetzigen Landesunternehmen den erwarteten großen Stil annehmen, eine Vorverlegung der Budapester Aktion zweckmäßig sein, da die Budapester Aktion dann in der Weltpropaganda über die Invasion untergehen dürfte. Wird die Invasion zurückgeschlagen und erfolgt unmittelbar darauf die Budapester Aktion, würden wir den Feindmächten ein propagandistisches Hilfsmittel in die Hand geben, um die Weltöffentlichkeit von ihrem militärischen Fehlschlag bis zu einem gewissen Grade abzulenken.“

Quelle: Nürnberger Dokument NG 2260, Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg

* Legationsrat Eberhard von Thadden war Referatsleiter der für „Judenangelegenheiten“ zuständigen Abteilung Inland II und Judenreferent des Auswärtigen Amtes 1943–1945.

M | 4 Reaktionen auf die Vorschläge Schmidt-Carells

Der Reichsbevollmächtigte in Ungarn, Edmund Veesenmayer, am 8. Juni 1944 per Telegramm an Staatssekretär Wilhelm Keppler* u. a. Dienststellen:

„Die bisher in Ungarn durchgeführten Evakuierungsmaßnahmen haben, soweit hier bekannt, im Ausland keine größere Reaktion erzeugt. Diese dürfte auch bei Aktion gegen Budapester Juden nicht eintreten, da seit langem bekannt, dass Ghettoisierung auch in Budapest zu Ende geführt wird.“

Eine Verwendung der in Drahterlass Nr. 1640 erwähnten Anlässe und Begründungen für eine propagandistische Vorbereitung der Aktion in Budapest würde gegenteilige Wirkung haben, da überall bekannt ist, dass seit Wochen jüdische Vereinshäuser und Synagogen unter scharfer Kontrolle ungarischer Polizei stehen bzw. zum Teil beschlagnahmt worden sind, dass jüdisches Vermögen beschlagnahmt bzw. gesperrt ist und dass Juden in Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt sind. Muss dringend bitten, von jeder propagandistischen Aktion abzusehen. Sollten wider Erwarten vor oder während der Aktion in Budapest sich irgendwelche Vorfälle genannter Art ereignen, so werde ich umgehend berichten und geeignete Auswertungsvorschläge machen.“

Quelle: Nürnberger Dokument NG 2260, Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg

* Es handelt sich um Hitlers persönlichen Berater in Wirtschaftsfragen sowie Hauptverbindungsmitglied zwischen der NSDAP und der Privatwirtschaft, Wilhelm Keppler. Dieser gründete u. a. den „Freundeskreis Reichsführer-SS“, wurde 1936 Görings persönlicher Berater für die Durchführung des Vierjahresplans, war seit 1938 Ribbentrops Staatssekretär zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt und seit dem 30. Januar 1942 zum SS-Obergruppenführer ernannt.

M | 5 Ermittlungen wegen Mordes

M 5.1 Die Staatsanwaltschaft Verden ermittelte 1965 gegen Paul Karl Schmidt wegen Mordes bzw. Beteiligung an „Judenmaßnahmen“. Sie richtete am 8. März des Jahres eine Anfrage an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Diese vermerkte am 21. September 1966:

„Dr. Paul Karl Schmidt (...) wurde zur Sache bereits vernommen. Die Anregung Schmidts in der Notiz vom 27.5.1944, äußere Anlässe für die Begründung der Judenaktion in Budapest zu schaffen, kam nicht zur Ausführung. Nachdem die Initiative Schmidts 5 fehlgeschlagen ist, stellt sich seine Tat insoweit strafrechtlich als erfolglose oder versuchte Beihilfe zu Tötungsverbrechen dar. Diese war nach der alten Bestimmung des § 49a Abs. 3 StGB strafbar. Durch das Dritte Strafgesetzbuchänderungsgesetz vom 10 4.8.1953 ist diese Bestimmung außer Kraft getreten, so dass die erfolglose (versuchte) Beihilfe zu einem Verbrechen nunmehr nicht mehr unter Strafe steht. (...) Anhaltspunkte, dass Schmidt weiterhin an Tötungshandlungen aktiv beteiligt war, haben sich bislang nicht ergeben. (...)“

M 5.2 Schmidts Aussage in seiner Vernehmung vom 23. März 1965:

„Ich heiße Dr. Paul Karl Schmidt, bin Schriftsteller und Journalist, (...) verheiratet mit Ingeborg Lüth, 3 Kinder im Alter von 22–29 Jahren, Einkommen geregelt. (...) Die Notiz für Herrn Staatssekretär vom 27.5.1944 stammt von mir. Sie trägt auch meine 5 Unterschrift. Der handschriftliche Vermerk des Herrn Staatssekretär vom gleichen Tag ist anschließend hinzugefügt worden, nachdem diese Notiz dem Herrn Staatssekretär vorgelegt worden war. Ich bedauere, dass die ausführliche Stellungnahme des Herrn Gesandten Veesenmayer nicht vorliegt, denn aus dieser 10 Stellungnahme ist ersichtlich, dass Herr Veesenmayer meine Anregung nicht nur als von nicht zuständiger Stelle kommend, sondern auch als unzumutbar zurückgewiesen hat. Hieraus mag ersichtlich sein, dass von meiner Seite aus ein Einfluss auf die Aktion praktisch nicht bestanden hat und auch nicht bestehen 15 konnte. (...)“

Im Übrigen möchte ich erklären, dass ich es in jeder Beziehung unbegreiflich finde, dass die Staatsanwaltschaft Verden auf Grund der mir vorgehaltenen Unterlagen es für angemessen gehalten hat, ein Verfahren wegen des außerordentlich schweren Vorwurfs des Mordes gegen mich einzuleiten. (...) Ich war nie an irgendwelchen Judenmaßnahmen beteiligt, es sei denn, dass man die von mir abgegebenen Erklärungen, zu denen ich vorhin Stellung genommen habe, als eine Beteiligung im Sinne des Gesetzes ansieht. (...)“

M 5.3 Aus der Einstellungsverfügung, Staatsanwaltschaft Verden vom 2. Juni 1971:

„(...) ‚Judenaktion‘ in Budapest. Für den Juni 1944 war geplant, die Budapester Juden zu ‚evakuieren‘. Der Beschuldigte Paul Karl Schmidt regte unter Hinweis auf die zu erwartende scharfe 5 Reaktion des Auslandes an, als Begründung äußere Anlässe vorzugeben. (...) Der Vorschlag des Beschuldigten wurde dem Gesandten und Reichsbevollmächtigten in Ungarn Veesenmayer mitgeteilt, der jedoch bat, von der geplanten Anregung abzusehen. Auf den Vorschlag des Beschuldigten wurde daraufhin nichts unternommen. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich kein 10 Anhalt für eine strafbare Teilnahme (Beihilfe).“

Quellen: Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Verden gegen den ehemaligen Gesandten Dr. Paul Karl Schmidt u. a. wegen Mordes. Akte 412 AR-Nr. 1082 / 1965 der ehemaligen Zentralen Stelle Ludwigsburg; Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, neue Signatur (seit 11/2003): B 162 AR 650 1082

M | 6 „Schicksalsfrage des Krieges“

Aus Schmidt-Carells Bestseller „Unternehmen Barbarossa“:

„Um diese Schicksalsfrage des Krieges beantworten zu können, bedarf es eines kleinen Umweges. Es gilt, sich erst einer anderen Frage 5 zuzuwenden. Wie war es um die deutsche Spionage gegen Russland bestellt? Was wusste die deutsche Führung von den militärischen Geheimnissen der Sowjetunion? Die Antwort ist in zwei Worten gegeben: Sehr wenig! (...) Er [Der deutsche Geheimdienst] wusste nichts 10 von den wichtigen militärischen Geheimnissen der Russen – sie wussten von uns alles. Sie kannten unsere Waffen, unsere Garnisonen, unsere Exerzierplätze und unsere Rüstungsfabriken. Sie kannten genau unsere Panzerproduktion. Sie hatten klare Vorstellungen über die Zahl unserer Divisionen. Wir aber schätzten zu Beginn des Krieges die Rote 15 Armee auf 200 Divisionen. Sechs Wochen nach Kriegsbeginn mussten wir feststellen, dass es bereits 360 waren.“

Quelle: P. Carell, Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland. Frankfurt a. M. 1963, S. 52



Paul (Karl) Schmidt-Carell (1911–1997)

Quelle: P. Carell, Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland. Ullstein Verlag Frankfurt a. M. 1963

M | 7 Zwei Weltkriege: Zweimal andere schuld?

Paul Schmidt als „P. C. Holm“ in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 2. September 1954:

„Der (Erste Welt-)Krieg war eine Kurzschluserscheinung. Statt zu fragen – ‚Wer wollte ihn?‘, ist es richtiger nachzuforschen: ‚Wer tat nicht alles, um ihn zu verhindern?‘ Die Antwort darauf enthüllt in Wien so viele Schuldige wie in Petersburg, in London und 5 Berlin so viele wie in Paris und Belgrad. Dabei steht Berlin in der ‚Schuldliste‘ auf keinen Fall an erster, eher an letzter Stelle. (...)“

Nur einer irrte sich nicht. Vorerst jedenfalls noch nicht. Das war Josef Stalin. Sein Beitrag zum Krieg, nämlich der deutsch-sowjetische Pakt vom 23. August 1939, war wohl der entscheidende Faktor. Ohne diesen Pakt hätte die seit Bismarcks Wirken im Volksbewusstsein so lebendige und im Ersten Weltkrieg 10 so erwiesenermaßen tödliche Gefahr eines Zweifrontenkrieges auch von Hitler nicht ignoriert werden können. (...)“

Wer die Vorgeschichte und das Zustandekommen dieses Paktes wirklich studiert, muss zu der Einsicht gelangen, dass nicht Hitler, sondern Stalin der Initiator war. Für ihn war dieser Pakt die richtig kalkulierte Beihilfe zum Ausbruch eines ‚selbsterzleischenden Krieges der kapitalistischen Welt‘. Und so kam es.“

Quelle: DIE ZEIT vom 2. September 1954, S. 3

A U F G A B E N

- Wie rechtfertigt sich Schmidt-Carell in seiner Vernehmung gegenüber den Ermittlern?
- Nenne die Gründe der Verdener Staatsanwaltschaft für die Einstellung des Verfahrens. Was denkst du dazu?
- Nach 1945 nimmt Paul Karl Schmidt alias Paul Carell alias P. C. Holm Stellung zur Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg 1914, Zweiten Weltkrieg 1939, deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Welche Position vertritt er? Wie verhält sich seine Position zu den Tatsachen? Vergleiche seine Haltung vor und nach 1945!